

Dokumentation

Außenpolitik

Carola Milbrodt und Eva Knoll

Ehrliche Worte bei Chinareise der deutschen Bundeskanzlerin

Anstelle der Präsidentensuite erbat sich die deutsche Bundeskanzlerin ein ganz normales Hotelzimmer in Nanjing und auch beim Frühstück wollte sie keine Sonderbehandlung, sondern stand lieber mit den gewöhnlichen Gästen am Buffet an. Berichte dieser Art, wie sie unter anderem in der chinesischen Lokalzeitung *Yangzi Wanbao* zu lesen waren, schufen unter der chinesischen Bevölkerung große Sympathien für Angela Merkel. Während ihres offiziellen Besuches vom 26. bis 29. August 2007 verblüffte sie ihre chinesischen Gastgeber immer wieder mit ihrer direkten und bodenständigen Art.

Chinas Führung konnte sich darauf einstellen, ist es doch bereits der zweite China-besuch Merkels als Bundeskanzlerin. Ziel ihrer Reise sei es, noch engere Beziehungen aufzubauen und China zu mehr Engagement in der Welt aufzufordern, erklärte Merkel nach ihrer Ankunft. Dabei hatte sie nicht nur angenehme Themen im Gepäck, sondern sprach auch offen über kontroverse Fragen wie den Schutz des geistigen Eigentums, den Klimaschutz, Probleme chinesischer Produktqualität oder über die Situation der Menschenrechte. Auch wenn die dabei ehrlich geäußerten Kritikpunkte für die Führung in Beijing nicht immer angenehm gewesen sein mögen, so pries

Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao doch speziell Merkels direkte Art. Das deutsch-chinesische Verhältnis habe sich unter der Bundeskanzlerin verbessert, versicherte er außerdem und fügte hinzu: Es gehe „vorwärts, nicht rückwärts“.

Als größter Handelspartner innerhalb der Europäischen Union schließt das auch Deutschlands wirtschaftliche Beziehungen zu China ein. Einige Mitglieder der 25-köpfigen Wirtschaftsdelegation, die Angela Merkel begleitete, zeigten sich jedoch enttäuscht von der Reise. Aufgrund kurzfristig aufgetretener formaler Hürden konnten keine Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden. Lediglich Absichtserklärungen wurden unterzeichnet. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Bernd Pfaffenbach, konnte zudem ein Regierungsabkommen zur Kooperation im Umweltschutz und im Energiebereich abschließen.

Auch die Kanzlerin selbst machte ökonomische Themen zu einem Kernpunkt ihrer Reise. Sie erhob insbesondere Forderungen nach einem effektiveren Schutz von Urheberrechten. Merkel erklärte, wenn Deutschland Technologien für Länder wie China zugänglich mache, müsse China auch das geistige Eigentum schützen. „Wir müssen alle Spielregeln einhalten“ (FAZ, 29.8.07). Wen Jiabao pflichtete ihr bei und versprach höflich eine verbesserte Umsetzung der Gesetze. Ähnlich freundlich, aber unverbindlich war die chinesische Reaktion auf die von Merkel geäußerten Sorgen deutscher Verbraucher. Der Skandal um minderwertige Produkte aus China ging auch durch die deutschen Medien.

Die chinesische Seite kooperiere diesbezüglich gern mit Deutschland, erklärte Wen schlicht. Angela Merkel thematisierte auch das heikle Thema mutmaßlicher chinesischer Spionage auf Computern der Bundesregierung (siehe Dokumentation in diesem Heft).

Zum Inhalt der Unterredungen gehörte ebenfalls Beijings zunehmender Einfluss in der internationalen Politik. Merkel lobte zwar das wachsende internationale Engagement Chinas im politischen Bereich, forderte Beijing jedoch gleichzeitig zu einer aktiveren Rolle auf. Durch die engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Sudan sei Beijing in der Lage, auch dort Einfluss zu nehmen, sagte Merkel, und forderte, Druck auf das Regime dort auszuüben.

Merkel reiste nicht nur als deutsche Bundeskanzlerin nach China, sondern ebenso als derzeitige Vorsitzende der G8-Staaten. In dieser Funktion thematisierte sie insbesondere den Klimaschutz und hielt China dazu an, sich international festgelegten Emissionsobergrenzen unterzuordnen. Auch in diesem Punkt ließ sich Wen Jiabao nicht auf die Forderungen ein, sondern beanspruchte eine chinesische Lösung. Er sehe „gemeinsame aber unterschiedliche Verantwortung“ in der Welt. „China wird die Verantwortung tragen, die für China zu tragen ist“, erklärte Wen. Eine Selbstbindung Chinas sieht vor, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2010 um 20% zu erhöhen und den Schadstoffausstoß gleichzeitig um 10% zu senken. Angesichts des derzeitigen Wirtschaftswachstums bezeichnete Merkel diese Ziele als „extrem ambitioniert“. (NZZ, 28.8.07; FAZ, 28.8.07)

Bereits vor ihrer Abreise kündigte Mer-

kel an, die Durchsetzung von Menschenrechten in China erneut anzusprechen. Hierzu kam es unter anderem in Gesprächen mit Staats- und Parteichef Hu Jintao sowie mit Parlamentspräsident Wu Bangguo. In einer Rede an der Akademie der Sozialwissenschaften warnte Merkel diesbezüglich vor einer „Diskussion, die in den nächsten Monaten an Fahrt gewinnen wird“. Im Hinblick auf die Olympischen Spiele erläuterte sie: „Da wird geschaut werden: Wie präsentiert sich China in der Meinungs- und Pressefreiheit?“ (FAZ, 29.8.07). Um sich ein eigenes Bild von den Entwicklungen im chinesischen Medienbereich zu machen, traf sich Angela Merkel im nicht offiziellen Teil ihrer Reise mit vier Journalisten unterschiedlicher Disziplinen. Sie führte unter anderem ein Gespräch mit Li Datong, der wegen kritischer Berichterstattung seine Anstellung bei der Zeitung *China Youth Daily* verlor.

Auch der kulturelle Austausch war Inhalt der Reise. Zum 35. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik Deutschland eröffnete Merkel in Nanjing die kulturellen Feierlichkeiten. Mit der Veranstaltungsreihe „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“ will sich Deutschland über die nächsten drei Jahre hinweg der chinesischen Bevölkerung präsentieren. Bis zur Eröffnung der Expo 2010 wird es hierzu diverse Veranstaltungen in chinesischen Großstädten geben.

Das kritiklose Verhalten anderer Politiker gegenüber Chinas Regierung kann Angela Merkel auch bei sensiblen Themen nicht vorgeworfen werden. Wirkliche Erfolge konnte sie mit all ihren Forderungen

jedoch bislang nicht erzielen. Angesichts der moralischen Dimension vieler Differenzen ist es dennoch wichtig, dass sie auch unbeliebte Themen immer wieder zur Sprache bringt. Dies trägt zugleich zu ihrem internationalen Image als starke Regierungschefin bei und nicht zuletzt werden Duckmäuser auch in China verachtet. (Xinhua, 25., 27.8.07, nach BBC PF, 25., 28.8.07; NZZ, 27., 28.8., 8.9.07; FT, 27.8.07; FAZ, 27., 28., 29.8.07; HB, 28.8.07; SCMP, 28., 29.8.07; XNA, 29.8.07; ST, 1., 8.9.07) (Carola Milbrodt)

Dalai-Lama-Empfang löst diplomatische Spannungen aus

Nur wenige Wochen nach Angela Merks Besuch in China (siehe vorhergehende Dokumentation) verursachte ihr als privat und informell deklariertes Treffen mit dem Dalai Lama starke bilaterale Verstimmungen. Bereits vor zwei Jahren kam Merkel mit dem Friedensnobelpreisträger zu einem Gedankenaustausch zusammen, bekleidete zu jener Zeit jedoch noch nicht das Amt der Bundeskanzlerin. Der erstmalige Empfang des religiösen Oberhauptes der Tibeter im Bundeskanzleramt am 23. September 2007 kam einer kleinen Revolution gleich.

Um Merkel in letzter Minute doch noch von dem geplanten Treffen abzuhalten, bestellte Chinas Regierung bereits kurz vor dem Ereignis den deutschen Botschafter ein. Darüber hinaus sagte China die Teilnahme an einem zeitgleich geplanten dreitägigen Symposium im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs „aus technischen Gründen“ ab. An der Veranstaltung sollte auch Justizministerin Bri-

gitte Zyprios teilnehmen. Beschwichtigend hob sie das deutsche Interesse an einer Fortsetzung der guten Zusammenarbeit hervor und erklärte den Wunsch, das Symposium baldmöglichst nachzuholen.

Während des Gesprächs mit Angela Merkel machte der Dalai Lama deutlich, es gehe ihm nicht, wie von Beijing vorgeworfen, um die Unabhängigkeit Tibets. Sein Streben gelte lediglich der religiösen und kulturellen Autonomie für sein Volk.

In Reaktion auf die Unnachgiebigkeit Merks verschärfte Chinas Regierung nach dem Treffen ihren Ton gegenüber der Bundesregierung deutlich. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums äußerte Beijings „starke Unzufriedenheit“ und verurteilte den Schritt als „schwere Einmischung in innere Angelegenheiten“ Chinas. Sie kritisierte, Merkel habe ungeachtet aller chinesischen Proteste auf dem Treffen mit dem Exil-Tibeter bestanden, der seit langem separatistische Aktivitäten durchführe und die nationale Einheit des Landes sabotiere. Damit habe sie die Beziehungen zwischen beiden Ländern beschädigt und die „Gefühle des chinesischen Volkes verletzt“. Die Sprecherin forderte von der Bundesregierung konkrete und wirksame Schritte, um den entstandenen Schaden zu reparieren.

In Deutschland nahmen viele Vertreter aus Politik und Wirtschaft die scharfe Kritik Chinas gelassen hin. Deutsche Wirtschaftsverbände hatten jedoch ihre Besorgnis geäußert, das Treffen könne negative Auswirkungen auf anstehende Geschäfte haben. Über die Parteigrenzen hinweg erhielt Merkel viel Zuspruch für ihr couragiertes Verhalten. Eine dauerhafte Schädigung

gung des bilateralen Verhältnisses werde nicht erwartet, erklärte unter anderem der Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe Johannes Pflug. Merkel ist zudem nicht die erste Regierungschefin, die den Dalai Lama empfing. Bereits US-Präsident George W. Bush sowie Frankreichs ehemaliger Premier Jacques Chirac lösten mit derartigen Treffen zwar lautstarke Kritik Beijings, jedoch keine tiefer gehenden Auswirkungen auf das zwischenstaatliche Verhältnis mit China aus.

Merkel selbst verteidigte auch nach ihrer Begegnung mit dem Religionsoberhaupt ihre Entscheidung. Es sei für jeden wichtig, seine Gesprächspartner selbst zu wählen, erklärte sie. Ihr außenpolitischer Berater Christoph Heusgen informierte den chinesischen Botschafter in Berlin telefonisch über die Inhalte der einstündigen Unterredung. Derartige Treffen seien aus deutscher Sicht eine „Selbstverständlichkeit“, erläuterte er, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass dies nichts an der deutschen „Ein-China-Politik“ ändere. In einem Interview mit dem Fernsehsender ntv machte Merkel deutlich, dass es neben der Bedeutung guter chinesisch-deutscher Beziehungen ebenso wichtig sei, auf die Situation in Tibet hinzuweisen. „Darüber muss auch offen mit der chinesischen Seite gesprochen werden.“ (*Tagesspiegel* online, 26.9.07)

Beijing jedoch duldet in der Tibetfrage keinerlei Kompromisse. Als weiteren diplomatischen Gegenschlag gegenüber dem uneinsichtigen Verhalten Merkels sagte Beijing zunächst auch das für den 26. September 2007 vorgesehene Treffen zwischen Chinas Außenminister Yang Jieshi und sei-

nem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier „aus terminlichen Gründen“ ab. Dass das traditionelle Frühstück der Außenminister beider Länder am Rande der UN-Vollversammlung in New York einige Tage später doch zustande kam, wurde in Berlin als ein Zeichen für die von chinesischer Seite gewünschte Entspannung gewertet. Dennoch blieben auch nach dem Außenministertreffen am 28. September die deutsch-chinesischen Beziehungen weiter angespannt. (XNA, 18., 25.9.07; HB, 17.9.07; HB online, 22., 24., 25.9.07; *Berliner Zeitung*, 24., 25., 29./30.9.07; IHT, 24.9.07; FAZ, 24., 25.9.07; NZZ, 24.9.07; Reuters, 24.9.07; ST, 24., 25., 26.9.07; ddp news agency, 25.9.07, nach BBC PF, 26.9.07; *Tagesspiegel* online, 26.9.07; FT Deutschland online, 1.10.07) (Carola Milbrodt)

Chinesische Hackerangriffe auf Berlin, Washington, London und Paris

China sah sich gleich einer ganzen Reihe von Beschuldigungen seitens verschiedener Länder konfrontiert. Aus den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich wurden innerhalb kurzer Abstände Spionagevorwürfe gegen Beijing laut, wonach chinesische Hacker auf Regierungcomputer der jeweiligen Länder zugegriffen haben sollen.

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* Ende August zufolge wurden gleich mehrere Computer der Bundesregierung in Berlin mit Trojaner-Spähprogrammen aus China infiziert. Daneben seien auch das Wirtschafts- und Forschungsministerium sowie das Auswärtige

Amt betroffen gewesen. In einer darauf folgenden Presseerklärung in Beijing erklärte die Außenamtssprecherin Jiang Yu ganz allgemein, die chinesische Führung verbiete „alle kriminellen Aktivitäten, die die Leistung von Computernetzwerken beeinträchtigen“. Die chinesische Botschaft in Berlin tat den *Spiegel*-Bericht als gegenstands- und haltlos ab.

Bei Merkels Besuch in China mahnte diese dann aber das Hackerproblem im Gespräch mit Premierminister Wen Jiabao offen an. Als die chinesische Regierung hörte, Hacker seien in deutsche Computersysteme eingedrungen, habe sie dies sofort als eine Angelegenheit „von erheblicher Bedeutung“ wahrgenommen, so Wen. Man sei willens, „mit der deutschen Regierung eng zu kooperieren“ und „harte und effektive Maßnahmen zu ergreifen“, um Hackerangriffe zu verhindern. Diese Äußerungen Wens wurden von deutscher Seite verwundert aufgenommen, hatte China doch in der Vergangenheit derlei Spionagevorwürfe harsch zurückgewiesen; es ginge dabei doch nur darum, Chinas internationalen Ruf zu schädigen.

Nahezu zeitgleich mit dem deutschen Vorwurf kam es auch auf US-amerikanischer Seite zu Missstimmungen über das gleiche Thema: Bereits im Juni 2007 habe sich das chinesische Militär in das Computernetzwerk des Pentagon gehackt, genauer, in das Büro des Verteidigungsministers Robert Gates, dessen Netzwerk daraufhin eine Woche lahm gelegt werden musste. Von offizieller US-amerikanischer Seite hieß es, die Angriffe seien „die bislang erfolgreichste Cyberattacke auf das Verteidigungsministerium“.

Mit „sehr großer Wahrscheinlichkeit“, so weiter, „mit bis hin zu völliger Sicherheit“ sei die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) verantwortlich für die Angriffe, hieß es von offizieller Seite. Damit habe die VBA ihre Fähigkeit demonstriert, „Attacken zu verüben, die unser System außer Gefecht setzen können“.

Die dritte gegen China gerichtete Anschuldigung binnen zweier Wochen kam Anfang September aus London. *The Guardian* zitierte ungenannte Regierungsoffizielle, chinesische Internetangreifer hätten Onlineattacken auf Netzwerke des britischen Parlaments gestartet und fügte hinzu, dass einige davon aus Kreisen des chinesischen Militärs kämen. Die chinesische Botschaft in London gab dazu zuerst keinen Kommentar ab. Erst am Tag nach den Vorwürfen wies die chinesische Außenamtssprecherin Jiang Yu in Beijing die Anschuldigungen – im Gegensatz zu den entschuldigenden Worten gegenüber der deutschen Seite – als „grundlos“ und „unverantwortlich“ zurück.

Als Letzter im Bunde wurden dann Mitte September auch noch aus Frankreich Spionagevorwürfe gegen China laut. Auch hier seien Regierungscomputer von chinesischen Hackern angegriffen worden. In den vom französischen Außenministerium unbestätigten Kommentaren spricht Francis Delon, Generalsekretär für Nationale Verteidigung, von Beweisen, dass China an den Attacken beteiligt sei. Er sei jedoch vorsichtig, mit China meine er nicht die chinesische Regierung. Es gebe keinerlei Anzeichen dafür, dass die Angriffe durch das chinesische Militär erfolgt seien.

Als hätte China damit gegen Vorwürfe

gehört, drehte es kurz nach Bekanntwerden des französischen Spionageverdachts den Spieß um. Nachdem, so Kritiker, die Demonstration seiner technischen Fähigkeiten erfolgreich verlaufen war, beschuldigte es nun seinerseits „feindliche“ Mächte, einschließlich der USA, die Schwächen der chinesischen Sicherheitsinfrastruktur auszunutzen, und dies nicht nur für Spionage, sondern auch für „politische Infiltration“, so laut Reuters der Vizeminister für Informationstechnologie, Lou Qinjian, in einem Artikel im Magazin *Chinese Cadres Tribune*. China habe demnach „massive“ Verluste von Staatsgeheimnissen durch das Internet verzeichnen müssen. (XNA, 26.8., 6.9.07; Xinhua, 26.8.07, nach BBC PF 27.8.07; HB, 27.8.07; FT, 28.8., 4.9.07; ST, 5., 6., 11.9.07; *Der Spiegel* Online, 13.9.07) (Eva Knoll)

Hus Sommerreise: SCO-Gipfel in Kirgisistan, Militärübung in Russland und Energiekooperation in Kasachstan

Ein Sommerloch gab es für Hu Jintao im August 2007 nicht zu beklagen. Auf einer Mammuttour durch Zentralasien und Russland traf er innerhalb von nur fünf Tagen zuerst das Staatsoberhaupt Kirgisistans zu bilateralen Gesprächen, nahm dann am jährlichen Shanghai Cooperation Organisation(SCO)-Gipfel in Bishkek teil, flog gleich im Anschluss zu einer russisch-chinesischen Militärübung nach Russland und beendete die Tour mit einem Besuch bei seinem Amtskollegen in Kasachstan.

Hu folgte bei seinem ersten Staatsbesuch in Kirgisistans Hauptstadt Bishkek

einer Einladung von Präsident Kurmanbak Bakiyev, nachdem dieser Ende vergangenen Jahres die Volksrepublik besucht hatte.

Hu sprach während des Treffens von den enormen Verbesserungen, die die bilaterale Kooperation bereits seit dem Besuch Bakiyevs im Vorjahr erleben durfte. Die Beziehungen wurden „auf eine andere Ebene“ befördert, so Hu in einem direkten Gespräch mit Bakiyev. Nicht nur sei das gegenseitige Vertrauen durch die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, des Transportwesens und der Sicherheit stetig gewachsen, man habe auch in multilateralen Foren wie dem der SCO sehr eng zusammengearbeitet. Die drei Ziele für die Zukunft seien, erstens auf bilateraler Ebene in den oben genannten Bereichen noch mehr zu kooperieren, zweitens innerhalb der SCO die Sicherheitskooperation zu verstärken und drittens gemeinsam für gegenseitiges Vertrauen, Einheit und Kooperation innerhalb der SCO-Mitgliedsstaaten zu werben und vor allem dort auf mehr praktisch orientierte Resultate sowohl im wirtschaftlichen als auch im sicherheitspolitischen Bereich zu drängen.

Bakiyev erwiderte die freundlichen Worte Hus. Zwischen den beiden Ländern gebe es keinerlei Hindernisse, die einer weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen im Wege stünden. Kirgisistan richte sein Hauptaugenmerk in den Beziehungen auf den bilateralen Handel, man heiße chinesische Investitionen willkommen und arbeite daran, gute Bedingungen für weitere Investoren zu schaffen.

Nach dem Gespräch wurde von den beiden Staatsoberhäuptern eine 19 Punkte umfassende gemeinsame Erklärung zur wei-

teren Vertiefung der guten nachbarschaftlichen, freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen sowie zwischen Repräsentanten verschiedener Ministerien beider Seiten neun weitere zwischenstaatliche Dokumente zur Zusammenarbeit in Bereichen wie Wirtschaft, Technologie, Infrastruktur, Bildung, Umweltschutz und Drogenbekämpfung unterzeichnet.

Neben dem Treffen mit Präsident Bakiyev standen für das chinesische Staatsoberhaupt auch Gespräche mit Premierminister Almazbek Atambayev und Regierungssprecher Marat Sultanov auf dem Programm.

Der Besuch fiel zusammen mit dem Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern vor 15 Jahren, sowie dem 5. Jahrestag der Unterzeichnung des chinesisch-kirgisischen Abkommens über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Kooperation. (Xinhua, 14., 15.8.07, nach BBC PF, 15., 16.8.07; XNA, 15.8.07; AKIpress news agency website, 14., 15.8.07, nach BBC PF, 14., 15.8.07)

Ganz so friedlich ging es direkt im Anschluss auf dem bereits zum siebten Mal jährlich stattfindenden Gipfel der Shanghai Cooperation Organisation am 16. August, der ebenfalls in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek abgehalten wurde, nicht zu.

Zwar herrschte innerhalb der Diskussion des erlauchten Kreises der sechs teilnehmenden Staatsoberhäupter der Mitgliedsstaaten völlige Einigkeit in den üblichen Bereichen der Zusammenarbeit wie Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur sowie der gemeinsamen Gangart gegenüber Kontakten nach außen – die Unterzeichnung eines Ver-

trages über langfristig gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, einer gemeinsamen Bishkek-Erklärung sowie weiterer Dokumente zeugen davon – doch gab es diesmal harte Seitenhiebe gegen die politischen Alleingänge der USA. Sowohl indirekt als auch direkt wurde die US-Politik von mehreren Seiten angegriffen. Hu Jintao schlug dabei noch relativ leise Töne an, indem er sich damit begnügte, aufgrund der gegenwärtigen komplizierten internationalen und regionalen Umstände intensiv auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und Kooperation innerhalb der Mitgliedsländer hinzuweisen um damit die innere Einheit der Gruppe zu stärken. Er signalisierte der Weltgemeinschaft, ohne dabei die USA namentlich zu nennen, dass die Wahrung der Sicherheit Zentralasiens am besten den SCO-Nationen selbst überlassen werden solle, da diese „ein klares Verständnis über die Gefahren der Region“ hätten. Russlands Präsident Wladimir Putin dagegen äußerte sich deutlich direkter, als er mit Blick auf die USA sagte: „Wir sind überzeugt davon, dass alle Versuche, die weltweiten Probleme alleine zu lösen, umsonst sind“.

Der größte Verbalangriff auf die USA kam allerdings vom iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, dessen Land neben der Mongolei, Pakistan und Indien zum zweiten Mal als Land mit Beobachterstatus zur Ratssitzung eingeladen war. Der viel diskutierte geplante Raketschild der USA gehe „über die Bedrohung für ein einzelnes Land hinaus“. Dies betreffe „den größten Teil des Kontinents, ganz Asien“, versuchte er mit seinem russischen Amtskollegen, ebenfalls vehemente Geg-

ner der US-amerikanischen Pläne, Einigkeit zu signalisieren und die anderen anwesenden Staatsoberhäupter der vier weiteren SCO-Mitgliedsstaaten mit ins Boot zu holen. Diese, Kirgisistans Präsident Kurmanbek Bakiyev, Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajev, Tadschikistans Präsident Emomali Rakhmon und der Präsident Usbekistans, Islam Karimov, betonten ebenfalls, jedoch weitaus weniger vehement als ihr iranischer Amtskollege, die Notwendigkeit einer „multipolaren“ Welt. Gleichzeitig machten sie aber auch, wie auf den Gipfeln üblich, deutlich, dass die SCO nicht gegen ein anderes Land gerichtet sei, sondern nur der Stabilität diene, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus stehe.

Innerhalb diverser bilateraler Treffen zwischen Staatsoberhäuptern am Rande des Gipfels, diskutierten auch Hu und Ahmadinedschad die bilateralen Beziehungen beider Länder. China sei demnach bereit, „die freundliche Zusammenarbeit mit dem Iran in allen Feldern und auf verschiedenen Ebenen zu stärken sowie Inhalte der bilateralen Kooperation zu bereichern“. Ahmadinedschad fügte ergänzend hinzu, der Iran hoffe „die Kontakte mit China weiter zu entwickeln und langfristige Planungen für die bilaterale Kooperation in den Bereichen Handel, Energie, Elektrizität, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technik vornehmen zu können sowie die Kommunikation und Konsultation in globalen und regionalen Fragen zu verstärken“.

Trotz dieser freundlichen Worte gingen China wohl die anti-US-amerikanischen Äußerungen des iranischen Staatsoberhauptes zu weit. Dem von Russland geäußerten

Wunsch nach Aufnahme weiterer Mitglieder in die SCO – und damit eventuell des Iran – stellte sich China entgegen.

Gleich nach dem Gipfel ging es für Hu gemeinsam mit den fünf anderen Staatsoberhäuptern der Mitgliedsländer weiter zum Besuch eines gemeinsamen Manövers im russischen Ural, das für den 17. August geplant war. Während eines Vorbereitungstreffens der Außenminister der SCO-Mitgliedsstaaten für den Gipfel 2007 wurde das gemeinsame Antiterrormanöver „Friedensmission 2007“ beschlossen.

Vom 9. bis zum 17. August 2007 kamen etwa 6.500 Offiziere und Soldaten, hauptsächlich aus China und Russland, auf dem russischen Armeetrainingsgelände Chebarkul zu dieser bislang größten derartigen Militärübung zusammen. Involviert in die gemeinsame Übung der SCO, die federführend von Russland organisiert wurde, waren Luftstreitkräfte, Jagdbomber, Militärhubschrauber und Panzerfahrzeuge. Die chinesischen Einheiten kamen vornehmlich aus Xinjiang. Seit dem Jahr 2002 hat die Volksbefreiungsarmee 17 gemeinsame Militärübungen mit ca. einem Dutzend Länder durchgeführt. Seit der Gründung der SCO im Jahr 2001 gab es bereits vier gemeinsame Militärübungen. In Anlehnung an seine Äußerungen auf dem SCO-Gipfel, der Organisation global mehr Gewicht zukommen lassen zu wollen, äußerte sich Hu nach dem Besuch gegenüber Putin, „die Übung hat die Antiterrorfähigkeiten der SCO-Länder entscheidend verbessert, deren Entschlossenheit und Ausdauer im Kampf gegen den Terrorismus voll zum Vorschein gebracht und wird der SCO eine größere Rolle in der Absicherung der

regionalen Sicherheit zukommen lassen“.

Zu guter Letzt beendete Hu seine Reise mit einem Abstecher zu seinem kasachischen Amtskollegen Nazarbayev in Astana am 18. August, nachdem dieser China im vergangenen Jahr besucht hatte. Waren die vorherigen Besuche in Kirgisistan und Russland eher sicherheitsarchitektonischer Natur, stand nun fast ausschließlich die Energiepolitik auf dem Plan. Verträge über neue Pipelines wurden unterzeichnet, um Öl und Gas aus den Gebieten um das Kaspische Meer nach China zu bringen. Dies bedeutete einen Rückschlag für die EU und auch die USA, die beide versucht hatten, Kasachstan zum Export in westliche Märkte zu bewegen. Auch Russland dürften die Abkommen ein Dorn im Auge sein, versucht es doch weiterhin, die ehemalige sowjetische Dominanz im Pipelinebereich wiederherzustellen. Erst im vergangenen Jahr hatten China und Kasachstan den Bau einer Pipeline von Kasachstan nach Xinjiang abgeschlossen, die jetzt mit weiteren vernetzt werden soll. (Xinhua, 27., 28.07., 1., 2., 4., 7., 15., 16., 18.8.07 nach BBC PF, 27., 29.07., 1., 3., 5., 8., 17., 19.8.07; XNA, 16., 17., 18., 26.8.07; Krasnaya Zvezda Moscow, 3.8.07, nach BBC PF, 19.8.07; FT, 20.8.07; ST, 7., 18., 30.8.07; *Die Zeit* online, 16.8.07) (Eva Knoll)

Chinas Reaktionen auf die Proteste in Myanmar

Die Welt schaut erneut auf Myanmar, seit sich die von Mönchen angeführten Demonstrationen im Nachbarland Chinas ausweiteten. Zunächst nur gegen die drastische Preisentwicklung bei Benzin und Lebensmitteln gerichtet, wandelten sich die

friedlichen Kundgebungen zunehmend zu einem allgemeinen Protest gegen das repressive Regime. Nach zehntägigen Protestmärschen, an denen täglich Tausende von Menschen teilnahmen, ging die Regierung Ende September 2007 gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Es gab Tote und Verletzte. Auf die Niederschlagung des Protests folgte eine Welle von Verhaftungen.

Die Augen der Weltgemeinschaft richteten sich während dieser Ereignisse jedoch nicht nur auf Myanmar, sondern gleichzeitig auch auf die VR China, die als wichtigster Verbündeter des geächteten Militärregimes gilt. China verfügt über enge politische und ökonomische Beziehungen zu Myanmar und untergräbt damit seit Jahren die Sanktionen von westlicher Seite. Mit der geostrategisch bedeutsamen Lage Myanmars nutzt China seinen Nachbarstaat als Zugang zum Indischen Ozean sowie als Rohstofflieferant. Im Gegenzug dafür klagt Beijing die Junta in Rangun nicht für ihre politischen Machenschaften an. Ein um das andere Mal setzte sich die chinesische Regierung auch auf internationaler Ebene gegen eine Zurechtweisung des repressiven Militärregimes ein (vgl. C.a., 1/2007:95-96).

So scheiterte nach den gewaltsamen Aktionen am 26. September auch dieses Mal eine formelle Verurteilung des Militärregimes durch den UN-Sicherheitsrat am Veto Chinas (und Russlands). China sprach sich ebenfalls gegen Sanktionen aus, die laut dem chinesischen UN-Botschafter, Wang Guangya, nicht „hilfreich“ seien. Die Mitglieder des Sicherheitsrates konnten sich lediglich darauf einigen, die Militärmachtgeber zur Zurückhaltung gegenüber den De-

monstranten aufzurufen und sie aufzufordern, den UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari zu empfangen.

Als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat kann Beijing zwar derartige Resolutionen boykottieren, dennoch befindet sich die chinesische Regierung damit in einem großen Dilemma. Gerade im Hinblick auf die Olympischen Spiele im kommenden Jahr ist China stärker denn je daran gelegen, sich als verantwortliche Großmacht zu zeigen, statt als Unterstützer international geächteter Unrechtsregime zu gelten. Zu viele negative Schlagzeilen dieser Art trafen die chinesische Führung in diesem Zusammenhang bereits bezüglich ihrer Afrika-Politik und als Verbündeter Nordkoreas. International wird weitgehend davon ausgegangen, Beijing könne mit seinem Einfluss auf die Militärregierung einwirken. Die Niederschlagung der Proteste kann China daher einen erheblichen Imageschaden zufügen.

In China selbst wurde kaum über die Situation im Nachbarland informiert. Chinesische Medien sind angehalten worden, nicht über die Demonstrationen in Myanmar zu berichten, wie die in Hongkong ansässige *Apple Daily* berichtete. Zu leicht könne die Situation an die eigene bislang nicht aufgearbeitete Vergangenheit im Juni 1989 erinnern, merkte die FAZ an. *Der Spiegel* gab zu bedenken, dass Beijing im Hinblick auf die Tibet-Problematik Bilder von demonstrierenden Mönchen auf keinen Fall sehen möchte. Einige chinesische Zeitungen zitierten lediglich die offiziellen Stellungnahmen des Außenministeriums, in denen die Situation in nur wenigen Zeilen dargelegt wurde und Beijing auf sei-

ne Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verwies. (XNA, 25.9.07; Xinhua, 25.9.07, nach BBC PF, 25.9.07; *Apple Daily* website, 25.9.07, nach BBC PF, 26.9.07; *Der Spiegel* online, 27.9.07; FAZ online, 29.9.07)

Von einer echten Nichteinmischung Beijings kann jedoch keine Rede sein. Mit enormen chinesischen Investitionen im Energie- und Infrastrukturbereich, einer geschätzten Anzahl von einer Million in Myanmar arbeitenden Chinesen und auch als größter Waffenlieferant der Militärjunta hat Chinas Regierung ein enormes Eigeninteresse an der Stabilität Myanmars – wird das Land doch mitunter als Chinas 24. Provinz bezeichnet. Auch wenn Beijing bislang keine öffentliche Verurteilung der Junta zuließ, so schlug eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums nach den gewaltsamen Zusammenstößen einen ungewöhnlich scharfen Ton an. Sie rief die Militärregierung sowie die Opposition zur Zurückhaltung auf und warnte die Junta vor einer weiteren Eskalation der Situation. Es wird davon ausgegangen, dass Beijing hinter den Kulissen weiterhin versucht, Einfluss auf die Situation zu nehmen. Darüber hinaus unterstützte China noch vor den Protestaktionen ein „geheimes“ Treffen zwischen Repräsentanten der Militärjunta und den USA und tritt öffentlich für einen Reform- und Öffnungsprozess in Myanmar ein. Auch als Staatsoberhaupt General Than Shwe und andere ranghohe Vertreter der Militärregierung Mitte September ins chinesische Zhongnanhai kamen, waren ungewöhnliche Worte zu hören. China mahnte seinen Nachbarn, einen „dem Land angemessenen demokra-

tischen Prozess“ voranzutreiben (Xinhua, 13.9.07, nach BBC PF, 13.9.07). Gegenüber dem myanmarischen Außenminister U Nyan Win erklärte der chinesische Staatskommissar Tang Jiaxuan am 13. September, der demokratische Prozess sei im elementaren Interesse des Volkes von Myanmar und führe zu regionalem Frieden, Stabilität und Entwicklung. Die Aussagen Tangs bezogen sich insbesondere auf die geplante neue Verfassung des Landes, in der die Wahl eines aus mehreren Parteien bestehenden Parlaments sowie die Einführung einer Marktwirtschaft verankert werden sollen.

Vielen Beobachtern erscheint die chinesische Einflussnahme jedoch nicht ausreichend. So wurden internationale Rufe nach einem stärkeren Druck Beijngs auf die Militärjunta immer lauter. Wie groß aber ist Beijngs Macht in Rangun wirklich? Die anfänglich zurückhaltende Reaktion der Junta gegenüber den Demonstranten wurde laut Einschätzung insbesondere westlicher Medienberichte dem chinesischen Einfluss zugeschrieben. Nach Zuspitzung der Situation sind sich die beobachtenden Experten über Chinas tatsächliche politische Macht gegenüber der Militärregierung jedoch uneinig. Vielfach wird davor gewarnt, die Möglichkeiten Chinas in dieser Situation zu überschätzen. Beijing indes forderte seinerseits die internationale Gemeinschaft dazu auf, eine konstruktive Rolle zur Lösung der Krise einzunehmen. Dabei unterstützte Chinas Regierung ausdrücklich die Mission des UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari und schaute gleichzeitig in Richtung der ASEAN.

Ob China die Weltöffentlichkeit auf diese Weise von der Forderung nach einer

von Beijing selbst zu tragenden Verantwortung ablenken kann, ist jedoch mehr als fraglich. Wie lange kann China in dieser Situation noch seinen ehernen außenpolitischen Grundsatz der Nichteinmischung bewahren? Längst hat es doch erkannt, dass Myanmars Probleme auch die Probleme Chinas sind. (IHT, 25.9.07; FAZ, 25.9.07; *Apple Daily* website, 25.9.07, nach BBC PF, 26.9.07; XNA, 25.09.07; Xinhua, 13., 25., 27.9.07, nach BBC PF, 13., 25., 27.9.07; AFP news agency, 26.9.07, nach BBC PF, 26.9.07; ZTS, 27.9.07, nach BBC PF, 27.9.07; *Ming Pao* website, 27.9.07, nach BBC PF, 27.9.07; *Der Spiegel* online, 27.9.07; ST, 8., 15., 26., 28.9.07; *Die Zeit* online, 39/2007) (Carola Milbrodt)

Militärkooperation als vertrauensbildende Maßnahme zwischen Japan und China

Die neue Ära in den chinesisch-japanischen Beziehungen hat auch die höchste Ebene der Verteidigungsministerien beider Staaten erreicht. Eine von Cao Gangchuan angenommene Einladung beendete den fast zehnjährigen Stillstand gegenseitiger Besuche zwischen den Verteidigungsministern Japans und Chinas. In einer für Japan innenpolitisch turbulenten Phase hieß Masahiko Komura – erst wenige Tage zuvor ins Amt berufen – seinen Amtskollegen Cao Gangchuan vom 29. August bis 2. September 2007 in Japan willkommen. Während des Besuches traf Cao auch mit dem zu dieser Zeit noch amtierenden japanischen Premier Shinzō Abe sowie mit dem damaligen Außenminister Nobutaka Machimura zusammen.

Tokyo signalisierte im Vorfeld des Be-

suches Entgegenkommen, als es zu seinen jährlichen Militärübungen dieses Mal keine taiwanischen Armeemitglieder einlud. Auch die gemeinsame Presseerklärung vermittelte der Öffentlichkeit ein Bild versöhnlicher Gesten und stellte die militärische Zusammenarbeit in den Vordergrund. Beide Seiten würden die Freundschaft vertiefen und dazu beitragen, eine strategische Beziehung zum beiderseitigen Nutzen aufzubauen, die dem Frieden, der Stabilität und der Entwicklung in Asien und der Welt diene, hieß es in dem Dokument. Konkret verständigten sich China und Japan auf baldige gegenseitige Besuche der Oberbefehlshaber beider Armeen sowie auf wechselseitige Einladungen von Kriegsschiffen. Um den Frieden im umstrittenen Südchinesischen Meer aufrechtzuerhalten, beschlossen die Militärvertreter beider Staaten die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erueirung einer möglichen Vernetzung im Krisenfall. Austausch und Zusammenarbeit sind zudem in vielen weiteren militärischen Bereichen vorgesehen. Für das kommende Jahr lud Cao seinen Amtskollegen nach China ein.

Die geplanten Kooperationen konnten jedoch nicht über die weiterhin tief verankerte Rivalität hinwegtäuschen. Hauptkritikpunkt der USA sowie ihres Verbündeten Japan bilden seit Jahren Chinas steigende Militärausgaben und der Vorwurf unzureichender Transparenz auf diesem Gebiet. Auch das jüngste Treffen stellte dieses Thema erneut ins Rampenlicht. Verteidigungsminister Komura erklärte gegenüber Journalisten, Cao konnte ihm die steigenden Militärausgaben Beijings nicht ausreichend erläutern. Seine Erklärungen seien zu ab-

strakt und nicht spezifisch genug gewesen. Ob dieses Verhalten vornehmlich Ausdruck eines tief sitzenden Misstrauens war oder eher notwendige Loyalitätsbekundung gegenüber den USA darstellte, diskutierte unter anderem das Hongkonger Blatt *Ta Kung Pao*.

Um die auch von Japan geforderte militärische Transparenz zu erhöhen, lud Cao Gangchuan erstmals japanische Beobachter zu einer chinesischen Militärübung ein. Zu dem bereits Ende September in Nordostchina durchgeführten Manöver „Warrior 2007“ waren neben japanischen Offizieren auch Beobachter aus 34 weiteren Staaten geladen. Hierzu zählten auch die USA, Deutschland, Mitglieder der SCO und der ASEAN. Die Anzahl ausländischer Beobachter an einer chinesischen Militärübung erreichte damit ihren Höchststand, seit China im Jahr 2002 diese Form der militärischen Kooperation begann.

Mit der Wahl von Jasuo Fukuda zum neuen japanischen Ministerpräsidenten Ende September 2007 wird eine Fortsetzung der unter Abe begonnenen Annäherung an China erwartet. Er kündigte bereits an, den umstrittenen Yasukuni-Schrein während seiner Amtszeit nicht zu besuchen. Auch Masahiko Komura, der im neuen Kabinett den Posten des Außenministers bekleidet, gilt als Verfechter engerer Beziehungen zu China. Beijing kann dies nur recht sein. (XNA, 30.8.07; SCMP, 29.8.07; WSJ, 22., 31.8.07; ST, 30.8., 1., 24., 26.9.07; *Ta Kung Pao*, 14.9.07, nach BBC PF, 17.9.07; ZTS, 24.9.07, nach BBC PF, 26.9.07) (Carola Milbrodt)

Von Konfrontation zu Kooperation: der Konflikt mit Vietnam im Südchinesischen Meer

In diesem Jahr verdeutlichten bereits mehrere Vorfälle die Aktualität des chinesisch-vietnamesischen Konflikts um die Paracel-Inseln (Xisha Qundao). Sowohl die VR China und Vietnam als auch Taiwan erheben Anspruch auf diese Inselgruppe im Südchinesischen Meer.

Erstmals im April dieses Jahres wurden vietnamesische Boote nahe der Paracel-Inseln von der chinesischen Marine beschossen. Am 9. Juli dieses Jahres kam es dann bei dem Beschuss vietnamesischer Fischerboote sogar zu einem tödlichen Zwischenfall. Als Beijing seine Pläne zur touristischen Erschließung der Inseln im „Hawaii-Stil“ Mitte August erörterte, konnte sich China der vehementen Kritik von vietnamesischer Seite bereits sicher sein.

Professor Do Tien Sam, Direktor des Institutes für Chinastudien in Hanoi, analysierte die jüngste chinesische Aktion als ein Austesten der Reaktion der neuen vietnamesischen Regierung, nachdem das Kabinett im Juli neu aufgestellt wurde. Andere politische Beobachter erklärten den Schritt als Vergeltung für vietnamesische Provokationen im Südchinesischen Meer: Im Frühjahr räumte Hanoi Bewohnern der Spratly-Inseln (Nansha Qundao) das Wahlrecht für Abgeordnete des vietnamesischen Parlaments ein und brachte im vergangenen Jahr seinerseits Besucher auf jene Inselgruppe.

Als der chinesische Verteidigungsminister Cao Gangchuan seinen vietnamesi-

schen Amtskollegen Phung Quang Thanh in Beijing Ende August empfing, schienen sich die Wogen jedoch geglättet zu haben. Beide Seiten betonten die traditionelle Freundschaft sowie eine kontinuierliche Vertiefung des gegenseitigen politischen Vertrauens. Auch der chinesische Vizepräsident Zeng Qinghong stellte während des vom 26. bis 31. August dauernden Besuchs die guten vietnamesisch-chinesischen Beziehungen sowie die sich rasch entwickelnden Wirtschaftskooperationen heraus. Beide Seiten einigten sich darauf, ihre Differenzen um Inselgruppen im Südchinesischen Meer weiterhin auf dem Verhandlungsweg zu diskutieren, um eine gemeinsame und langfristige Lösung zu finden. Die Verteidigungsminister beider Staaten unterzeichneten außerdem ein Abkommen zur gemeinsamen Grenzsicherung. Dies solle militärische Übungen, die Forschung und gemeinsame Seepatrouillen im Südchinesischen Meer einschließen. (ST, 18.8.07; XNA, 27.8.07; VNA, 28.8.07, nach BBC PF, 29.8.07; Xinhua, 28.8.07, nach BBC PF, 29.8.07) (Carola Milbrodt)

Bischofsweihe erstmals mit vorherigem Einverständnis des Vatikans

Seit dem 21. September 2007 hat die chinesische Hauptstadt mit Joseph Li Shan einen neuen Bischof. Das Besondere an seiner Ernennung durch die staatlich anerkannte China Catholic Patriotic Association (CCPA) ist das Einverständnis des Vatikans mit dieser Entscheidung. Es ist das erste Mal seit fast 50 Jahren, dass der Heilige Stuhl vor einer Bischofsweihe der CCPA seine Zustimmung gibt.

Die katholische Glaubensgemeinschaft ist in China in eine staatlich anerkannte katholische Kirche und die als illegal angesehenen, vom Vatikan unterstützte Untergrundkirche gespalten. In den letzten Jahren haben viele von der CCPA eingesetzte Bischöfe dennoch nachträglich um den Segen des Vatikans gebeten.

Lis Vorgänger, Bischof Fu Tieshan, war jedoch für seine harte Haltung gegenüber dem Vatikan bekannt. Die einvernehmliche Vergabe des einflussreichen Amtes an den für beide Seiten akzeptablen Li wird nicht nur von kirchlichen Würdenträgern als erster Schritt zu einer möglichen Annäherung zwischen Beijing und dem Vatikan verstanden. (WSJ, 21.9.07; NZZ, 22.9.07) (Carola Milbrodt)

Innenpolitik

Heike Holbig

XVII. Parteitag der KPCh beginnt am 15. Oktober – Namen und Zahlen

Wie Ende August bekannt wurde, wird der XVII. Parteitag der KPCh am 15. Oktober 2007 beginnen. Der sechswöchige Vorlauf der Ankündigung und die Terminierung Mitte Oktober sprechen für einen bislang weitgehend reibungslosen Verlauf des intraelitären Abstimmungsprozesses im Vorfeld des Parteitags. Erfahrungsgemäß wird das politische Großereignis, auf dem personalpolitische und programmatische Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt werden, etwa acht Tage dauern. Der Rahmen für diese Weichenstellungen wird

durch die Tatsache abgesteckt, dass der 65-jährige Staats- und Parteichef Hu Jintao in seine zweite und damit voraussichtlich letzte Amtszeit als Generalsekretär der KPCh geht. Allgemein wird erwartet, dass zumindest ein Vertreter der sogenannten „fünftens Führungsgeneration“ (nach den Generationen Mao Zedongs, Deng Xiaopings, Jiang Zemins und Hu Jintaos), der ab dem Jahr 2012 die Nachfolge Hu Jintaos antreten könnte, in den Ständigen Ausschuss des Politbüros nachrücken wird. Alternativ, wenn auch nicht allzu wahrscheinlich, könnte erstmals eine mehrköpfige Kohorte möglicher Nachfolgekandidaten in dieses Gremium aufrücken, um ihre politischen Fähigkeiten im Wettbewerb miteinander unter Beweis zu stellen.

Inzwischen dürfte die Zusammensetzung der neu zu konstituierenden Führungsgremien der KPCh im Wesentlichen feststehen. Machtpolitischer Verhandlungsspielraum könnte noch bezüglich der Mitglieder des Politbüros und dessen Ständigem Ausschuss bestehen. Vielfältige Spekulationen ranken sich vor allem um die zukünftige Zusammensetzung und Größe dieses letztgenannten Organs, das nach wie vor als politische Schaltzentrale fungiert.

Zwei Parameter werden dabei diskutiert: Zum einen werden Mutmaßungen darüber angestellt, ob die Größe des gegenwärtig neun Mitglieder zählenden Ständigen Ausschusses des Politbüros beibehalten oder verändert wird. Diskutiert wurde eine Reduktion auf sieben oder fünf sowie eine Aufstockung auf elf Mitglieder. Als relativ wahrscheinlich gilt eine Reduktion auf sieben Mitglieder, wie es vor dem letzten Parteitag im Herbst 2002 der Fall gewesen war.